

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2015
im Rat der Stadt Herten – 25. November 2014**

Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

In allen Haushaltsdebatten der letzten Jahre wird von Ihnen der Fokus immer nur auf die Ausgabenseite gelegt! Deshalb führen dann auch Ihre Lösungsansätze - wie zum Beispiel der kommunale Stärkungspakt - alternativlos immer nur zu weiteren Ausgabenkürzungen. Und obwohl trotz aller Kürzungen und Streichungen der Schuldenstand Jahr um Jahr weiter ansteigt, zieht man diese völlig falsche Politik gnadenlos durch. Auch mit dem Haushalt 2015 sind Sie nur wieder dabei, die Steine aus dem Weg zu räumen, die Sie sich selbst mit dem Stärkungspakt in den Weg gelegt haben. Das nennt man dann auch exzellentes Lösen der falschen Probleme oder auch Fehler der Dritten Art!

Die zunehmende Verschuldung liegt keineswegs daran, dass „wir über unsere Verhältnisse“ gelebt haben. Bereits in den letzten 25 Jahren ist gemäß einer Ver.di-Studie feststellbar, dass die kommunalen Ausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt sogar rückläufig sind. Eine der Hauptursachen für den hohen Schuldenstand liegt vor allem auf der Einnahmeseite; hier schlägt neben konjunkturbedingten Ausfällen vor allem die Steuersenkungspolitik seit dem Jahr 2001 kräftig zu Buche.

Durch die Rot-Grüne-Steuerreform wurden die Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer sowie eine Erhöhung des Grundfreibetrags und die Entlastung von Unternehmen durch die Reduzierung der Körperschaftsteuer in einem so hohen Maße durchgeführt, wie es sich die CDU aus Angst vor den Gewerkschaften niemals getraut hätte.

Die versprochenen Mehreinnahmen für die Kommunen aus der Gewerbesteuer sowie eine höhere Beschäftigungsquote sind allerdings nicht nur ausgeblieben, nein, diese wichtigen Positionen haben sich durch die gleichzeitige Einführung von Hartz IV noch erheblich verschlechtert.

Exakt mit der Rot-Grünen-Steuerreform haben sich deshalb die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden verdreifacht! Große Konzerne und hohe Privatvermögen werden seitdem steuerlich verschont, mit den Einnahmen der öffentlichen Haushalte ging es abwärts. Das war der Einstieg in eine gigantische Umverteilung von arm nach reich, denn die öffentliche Armut ist immer auch die Kehrseite des privaten Reichtums. Diese Fehlentwicklung ist bundespolitisch durch die Schröder-Fischer-Regierung eingeleitet worden und alle anderen Regierungen haben nichts daran geändert.

Noch im letzten Bundestagswahlkampf hörte man von Ihrer Partei, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, dass die Einnahmen des Staates dringend erhöht werden müssen, damit öffentliche Daseinsvorsorge und dringend notwendige Investitionen in den Kommunen finanziert werden können. Dazu sahen Sie in Ihrem Wahlprogramm eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögenssteuer bzw. Vermögensabgabe zur Entlastung der Städte und Gemeinden vor. Und was ist nach der Wahl? Die SPD ist weder in der Lage noch willens, auch nur eine dieser Forderungen durchzusetzen, so dass es tatsächlich zu einer wirksamen Entlastung der Kommunen kommt! – Wieder einmal gilt für Ihre Partei: Versprochen gebrochen!

Anstatt Ihre Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene endlich in die Pflicht zu nehmen, gehen Sie wie die Lemminge den einmal eingeschlagenen Weg weiter - bis zum Abgrund und wahrscheinlich auch noch darüber hinaus. Und es fällt Ihnen selbstverständlich auch nicht schwer, Ihre falsche Politik mit ebenso falschen Begründungen zu rechtfertigen:

Zum Beispiel mit dem Bild der schwäbischen Hausfrau, die angeblich auch nicht auf Pump lebt und nur das ausgibt, was sie an Geld zur Verfügung hat.

Diese unpassende Metapher wird durch ständiges Wiederholen auch nicht richtiger. Durch die Behauptung, dass der Staat nur so viel ausgeben könne, wie er einnehme, gaukeln Sie den Menschen vor, für ein Gemeinwesen gelten die gleichen Regeln wie für einen privaten Haushalt. Sicherlich ist es richtig, dass die enorm hohen

Kassenkredite so nicht weiter vertretbar sind, um damit laufende Ausgaben wie zum Beispiel Löhne und Gehälter zu finanzieren. Deshalb muss ja auch die Einnahmeseite wieder verbessert werden, damit dieser Irrsinn gestoppt wird.

Aber Schulden sind für ein Gemeinwesen nicht generell schlecht! Für langfristige Investitionskredite gilt dieser Spruch vom Sparen und sich nicht verschulden sicherlich nicht. Deshalb müssen Sie in diesem Zusammenhang gleichzeitig auch das Lied „Schaffe, schaffe, Häusle bauen!“ anstimmen, denn was für private Häuser gilt, trifft auch auf öffentliche Gebäude zu: Die Kosten für heute unterlassene notwendige Investitionen werden doch mit jedem Jahr höher!

Nur nach dem Prinzip der schwäbischen Hausfrau zu verfahren, ist deshalb nichts anderes als eine grobe Verletzung der Goldenen Finanzregel, die besagt, dass langfristige Investitionen auch durch langfristige Kredite finanziert werden sollen. Jeder BWL-Studierende lernt das im ersten Semester. Der langfristigen Finanzierung öffentlicher Investitionen steht auch immer ein anderer Wert gegenüber, der damit geschaffen wird! Dürfen wegen der Schuldenbremse keine Kredite mehr für Investitionen aufgenommen werden, wird sich der heutige Investitionsstau noch verschärfen und zu einem dramatischen Werteverfall öffentlichen Eigentums führen. Das Ergebnis können wir heute schon sehen: Kaputte Straßen und Brücken, marode öffentliche Gebäude und unzureichende Bildungs- und Betreuungsstrukturen. Nicht die Schulden, sondern die nicht getätigten notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur werden nachfolgende Generationen wirklich belasten.

Und damit müssen diejenigen, die weiterhin einen strikten Sparkurs für die Kommune fordern, auch die Verantwortung dafür übernehmen, dass sie zu Lasten unserer Kinder die öffentliche Infrastruktur ruinieren.

Der gern zitierte Satz: „Wir dürfen uns nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen weiter verschulden“ ist sachlich völlig sinnfrei – auch wenn er immer wieder als Begründung für den Sozialabbau angeführt wird. Denn die heutigen Steuerzahler zahlen die Zinsen an die heutigen vermögenden Kreditgeber. Einnahmen und Ausgaben laufen immer im Hier und Jetzt – und nicht in der Zukunft. Wir haben es hier nicht mit einem Generationskonflikt zwischen alt und jung zu tun, sondern mit einem Verteilungskonflikt zwischen arm und reich.

Die Umverteilung von unten nach oben findet heute und innerhalb der jetzigen Generation statt und wird – wenn sich politisch nichts ändert – auch zukünftig weitergehen.

Und auch in unserer Stadt ist zunehmend feststellbar, dass viele Kinder bereits heute schlechter leben als ihre Eltern damals. Durch den seit Jahren gefahrenen strikten Sparkurs kommt es **gerade nicht** zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der nachfolgenden Generation. Er führt vielmehr zu einer Verschlechterung! Das Leben in unserer Stadt wird mit Ihrer Politik immer teurer und die Stadt wird immer unattraktiver.

Früher sah das ganz anders aus: Da legte man die öffentlichen Leistungen und Aufgaben in der Kommune fest und ermittelte anschließend die Kosten, um diese Ausgaben zu decken. Heute schaut man sich an, welche Sozial- und Dienstleistungen noch weiter gekürzt werden können. Damit stellt man die gesamte kommunale Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung auf den Kopf: Die soziale Infrastruktur bröckelt vor sich hin und die Arbeitsverdichtung hat durch den permanenten Stellenabbau, den Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion zu verantworten haben, schon heute die Verwaltung an die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit gebracht: Leistungsdruck und Lohnverzicht der letzten Jahre führen dazu, dass bei den Beschäftigten der Krankenstand steigt und die Motivation sinkt. Deshalb sind auch die Forderungen von CDU und FDP, weitere Stellen abzubauen, unsozial und unverantwortlich! Aber das ausgerechnet Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, das Instrument der Mahnwache in diesem Zusammenhang missbrauchen, ist angesichts Ihres Stellenabbaus der letzten Jahre höchst unglaubwürdig.

Es ist doch abenteuerlich, dass wir in einem der reichsten Länder Europas unsere kommunalen Handlungsmöglichkeiten hier im Rat auf die Entscheidung reduzieren, welches Schlagloch in der Straße als erstes geflickt und welche Buslinie als nächstes ausgedünnt wird und welches öffentliche Gebäude als nächstes verkauft oder abgerissen wird. Und als letztes Mittel: Welche Abgaben und Gebühren in aberwitzigere Höhen geschraubt werden.

Das können doch nicht allen Ernstes die Themen sein, mit denen wir uns hauptsächlich beschäftigen müssen!

Wir müssen doch vielmehr dafür sorgen, dass unsere Handlungsfähigkeit gerade in den Kommunen bei den zentralen Aufgaben wieder hergestellt wird: Im Bereich der Bildung geht es doch um den qualitativen Ausbau des Kita-Bereiches und an den Schulen um die Einführung eines verbindlichen Ganztagsunterrichts für alle – und nicht nur für 50 Prozent! Statt ständig steigender Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung brauchen wir mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit. Und wenn in Herten endlich eine S-Bahn-Haltestelle eingerichtet werden kann, ja, dann darf das doch nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden! Wenn wir weiterhin Investitionen in die Infrastruktur unterlassen, werden die negativen sozialen Entwicklungen immer schneller voranschreiten.

Es werden noch mehr junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden und direkt bei Hartz IV landen und die wenigen gut Qualifizierten müssen die Stadt verlassen, weil es immer noch zu wenige Unternehmen gibt, die hier Arbeitsplätze schaffen – nicht wegen einer zu hohen Gewerbesteuer, sondern wegen der fehlenden oder mangelhaften Infrastruktur.

Zusammenfassend können wir also festhalten: Das Sparen von heute führt zu deutlich höheren öffentlichen Ausgaben von morgen. Diese Politik ist menschenfeindlich und asozial. Denn die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer! Sie führt niemals zu gesellschaftlicher Inklusion und Teilhabe, sondern sie grenzt auch in unserer Stadt immer mehr Menschen davon aus.

Die Sicherung unserer kommunalen Handlungsfähigkeit ist daher nur über eine deutliche Erhöhung der Einnahmen möglich. Sie können sich Ihrer Verantwortung hier nicht entziehen, meine Damen und Herren der SPD- und CDU-Fraktion: Sorgen Sie dafür, dass Ihre Regierungen im Bund und im Land endlich unsere Stadt so finanziell ausstatten, dass sie lebenswert **für ALLE** bleibt!